

Berliner Tageblatt



Nr. 51

und Handels-Zeitung

Freitag, 30. Januar 1925

Herausgeber: Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Herriots „Erläuterungen“.

Die einschränkenden Erklärungen an die Sozialisten.

Ich habe den Schluß meiner Rede nicht ganz so formuliert, wie ich es wollte.“

Telegramm unseres Korrespondenten

Paul Block.

Paris, 30. Januar.

Der Eindruck, den die Erklärungen Herriots in den letzten getagelten Kammerungen machten und der übermittelte Bericht über die Bedenken der Sozialisten gegen den Antrag der Rede Herriots ließen bereits erkennen, daß unter den Radikalen einiges vorgegangen sein mußte, was nicht ganz zu dem gewöhnlichen Erfolg der Mittwochssitzung paßt. Näheres über die zweite Beratung der Sozialisten erfahren, blieben zunächst verbergen. Erst in später Abendstunde, der Anfang der Rede bereits mit großer Mehrheit beschlossen, erfuhr man, daß die Sozialisten zunächst mit schwacher Mehrheit den Anschlag der Rede abgelehnt hatten, und daß ihren Entschluß nur geändert haben, weil Herriot sonst seine Demission in Aussicht stellte. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, das Votum nicht freizugeben und den Anschlag zu votieren. Aber der Ministerpräsident mußte die Zusage geben, vor der Abstimmung eine weitere Erklärung des Sinnes seiner Rede und seiner früheren Bemerkungen hinzuzufügen. Der Wortlaut dieser letzten Erklärung ist geteilt und mitgeteilt worden. Ueber die Vorgänge, die einen ersten und zweiten Zwischenfall Herriots mit seiner Mehrheit erlitten, ist im Zusammenhang folgendes zu sagen:

Am Donnerstag vormittag hatten mehrere Gruppen der Kammer Beratungen über ihre Stellung zum öffentlichen Anschlag der Rede. Die radikale Gruppe der Opposition, die Republikanisch-Demokratische Vereinigung, beschloß, für den Anschlag zu stimmen. Die Mehrheit in der Kammer erklärte also, daß die Rede des Radikalenführers sie vollkommen befriedigt habe. Inzwischen hatten aber auch die Sozialisten beraten und diese treuen Freunde Herriots den Entschluß, sich an der Abstimmung nicht zu beteiligen. Die Mehrheit für diese Entscheidung beruht allerdings auf drei Stimmen. Aber die Gründe, die in der Beratung vorgetragen wurden, waren so wichtig, daß sie auch für die Zukunft beibehalten. Bereits nach der Mittwochssitzung hatten radikale Deputierte dem Ministerpräsidenten erklärt, daß sie dem Schluß seiner Rede nicht einverstanden seien. Sie hatten gesagt, daß Herriot den deutschen Demokraten und Sozialisten unredlich getan und die Macht der Deutschen Nationalen überschätzt habe. Sie hatten besonders die Tonart bedauert, die mehr nach einer klaren, als nach Friedensgedanken klang. Deshalb wurde am Donnerstag vormittag beschlossen, dem Ministerpräsidenten zu sagen, die französischen Sozialisten ihrer auf diesem Weg nicht folgen wollen. Als Herriot von diesem Beschluß hörte, gab er zuerst als Antwort auf die Rede Renaudels einige abstruse Erklärungen. Er glaubte, daß nun alles erledigt sei, hörte aber, er nach drei Uhr in der Kammer eintraf, daß auch diese Erklärungen den Sozialisten noch nicht genügt hätten. Die Mehrheit für den Anschlag der Rede war vorhanden, aber die Mehrheit war die Majorität des Nationalblocks.

Unter diesem Eindruck begann die Sitzung, in der sofort Alexander Renaudels den Antrag stellte, die Rede Herriots zusammen mit dem „friedlichen Postskriptum“ durch Anschlag zu votieren. Renaudels protestierte, weil auf diese Art „der nationale Eindruck“ abgeklärt würde. Die Sozialisten antworteten, die Kommunisten lösten. Auf einen Wink Herriots hob Renaudels sein Mikrofon und sagte, daß er eine halbe Stunde auf dieser halben Stunde mußte Herriot die Eingetragten mit seinen radikalen Freunden wiederherstellen. Diese Aufgabe war wichtig, in kurzer Zeit der Sozialistengesang in Grenoble findet auf dem der linke Flügel wieder für volle Freiheit der sozialistischen Partei sprechen will. Die Aufgabe war aber auch schwer, da Herriot die Unterstützung seines Freundes von Blum entziehen mußte. Die sozialistische Führer erholt sich im Süden Frankreichs von den Anstrengungen der letzten Wochen. Die Sitzung war bereits sehr spät geworden, als der Ministerpräsident erschien. Die Deputierten Paul Faure und Mirral verlangten, daß die Sozialisten an der Abstimmung nicht teilnehmen dürfen. Sie wiederholten die Gründe, die sie zur Unterstützung dieser These bereits am Donnerstag vorgebracht hatten. Für den Antrag sprachen Renaudels, Paul Boncour, Georges Weil. Nach wenigen Minuten verlangte Herriot das Wort und sagte: Ich bitte Sie, bei der Abstimmung über den Antrag meiner Rede sich von der Mehrheit nicht zu trennen. Wenn der Antrag durch eine Mehrheit der Rechten votiert wird, oder wenn er infolge der sozialistischen Zurückweisung abgelehnt wird, muß ich mein Amt niederlegen. Ich erkläre nach meiner christlichen Überzeugung, daß ich nicht anders sprechen konnte, als ich es getan habe, denn ich habe sehr ernste Nachrichten aus Deutschland erhalten. Ich könnte den von mir mitgeteilten Tatsachen noch viele weitere hinzufügen, aber ich will zugeben, daß ich den Schluß meiner Rede nicht ganz so formuliert habe, wie ich es wollte. Ich mußte sie kürzen, weil es schon spät geworden war, und weil ich am anderen Morgen an dem Empfang im Elysée teilnehmen mußte. Bei der ersten Gelegenheit, die sich bietet, werde

ich noch einmal auf das Thema zurückkommen und den friedfertigen Bemühungen der deutschen Sozialisten Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich beschwöre Sie, das Kartell nicht zu sprengen.“

Nachdem Herriot die Sitzung verlassen hatte, gingen die Beratungen weiter. Sie gingen noch immer nicht ohne Schwierigkeiten zu einem Erfolg geführt zu haben. Dann gegen 6 Uhr wurde eine Deputation zu Herriot geschickt, die von ihm eine neue Erklärung vor der Abstimmung verlangen mußte. Erst nach dieser Erklärung beschlossen die Sozialisten, für den Antrag zu stimmen. Zu gleicher Zeit gab es auch eine vorübergehende Spaltung unter den Radikalen. Einige von ihnen wollten sich zu einem „Mandier der Rechten“ nicht binden lassen, wie sie den Antrag des Herrn Renaudels nannten. Schließlich aber gelang es Jeanin Bouillon, die Radikalen zu überzeugen und die Einheit wurde wieder hergestellt. Von Anfang an einig waren nur die Gruppe des Nationalblocks und von den Radikalen die kleine Gruppe der Brand-Partei, der sozialistischen Republikaner. Herriot hat also bereits erfahren, daß er den Sieg durch die Unterstützung seiner offenen und verdeckten Feinde gewonnen hat. Sein Vorberufung hat einige Stöße bekommen.

Die Lesarten der französischen Morgenzeitungen wird Herriot darüber belehren, was die Herren vom Nationalblock, die gehen für ihn gestimmt haben, heute von ihm erwarten. In vierundzwanzig Stunden bereits hat sich ihre Erregung in Spott und Drohungen verwandelt. Der Ministerpräsident hat sich nicht von dem Unfallsort getrennt, wie einige Dumme geglaubt haben, er hat sich auch nicht von ihm trennen lassen, wie es einige Schläue durch kluge Mandier zu erreichen hofften. Heute ist Herriot, der für diese Herren am Mittwochabend ein großer Mann war, bereits wieder zu einem „spähen Mann“ geworden, von dem für eine nationale Sache gegen Deutschland nichts zu hoffen ist. Welcher Art die „ernsten Nachrichten“ sind, die Herriot aus Deutschland erhalten hat, werden wir hoffentlich bald erfahren. Schon jetzt wird gesagt werden müssen, daß es nicht bloß auf Nachrichten ankommt, sondern auch auf die Quelle, aus der sie stammen. Herriot ist es sich selbst schuldig, diese Nachrichten und diese Quelle deutlich mitzuteilen, am besten in einer schriftlichen Erklärung, die nicht durch die Rücksicht auf einen Empfang im Elysée abgelehnt zu werden braucht. Die „Ere Nova“ und die anderen Zeitungen der Mehrheit zeigen die nächsten Notwendigkeiten, und die „Ere Nouvelle“ legt gleichzeitig auch einiges, was jetzt in den Kreisen der Mehrheit über die neue deutsche Regierung gesagt wird. Deshalb sei dieser kurze Artikel im Auszug wiedergegeben. „Ere Nouvelle“ schreibt: „Vergehen sind die Reaktionen der Reichstag machen. Herriot als einen „Betrüger“ hinzuzustellen. Der Ministerpräsident ist logisch geblieben. Auch in den deutschen Zeitungen wird das Wort von Chequers vergessen: „Wenn Deutschland loyal ist, werden wir ihn entgegenkommen; ist Deutschland unaufrichtig, dann kann es keine Schonung erwarten.“ Es bleibt also nur zu untersuchen, was Deutschland vorgeworfen wird, und was Deutschland auf diesen Vorwurf zu sagen hat. Wir haben gegen die Regierung Luthier kein Vorurteil, aber wir haben auch für sie keine Sympathie. Wenn diese Regierung beweist, daß sie die Versöhnung will, dann sehen wir keinen Grund, nicht mit ihr zusammenzuarbeiten. Jetzt es sich aber, daß ein Radikalskabinet in Deutschland gegen Frankreich arbeiten muß, wenn es bestehen will, dann wird unsere Haltung so energisch sein müssen, wie der Ministerpräsident es angedeutet hat. Wir haben in voller Inparteilichkeit und ohne uns um Beschimpfungen unserer politischen Gegner zu kümmern, handig für die Annäherung Frankreichs an Deutschland geteilt. Wir sind also besser als andere dazu qualifiziert, zu erklären, daß jetzt das Reich an der Weggabelung steht. Herriots Meinung sollte in Deutschland beachtet werden. Entweder wird die Politik der Noten und Kreditpolitik weitergehen, dann müssen wir unsere Verteidigung organisieren, oder Deutschland wird erkennen lassen, daß es ehrlich und vertrauensvoll mit der französischen Demokratie zusammenarbeiten will. Dann wird der Weg zu der großen französisch-deutschen Konferenz frei werden, die aus wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Gründen notwendig ist. Diese Aussprache wird der Beginn des wirklichen Friedens sein.“

Trendelenburg bleibt Leiter der Wirtschaftskommission.

Eine Pariser Erfindung.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 30. Januar.

Die Behauptung des „Main“, Staatssekretär Dr. Trendelenburg werde nicht auf seinen Posten zurückkehren, sondern durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden, ist, wie wir erfahren, frei erfunden. Es ist an keiner Stelle erwogen worden, eine Aenderung in der Leitung der Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen vorzunehmen.

*

Wie wir hierzu erfahren, hat Staatssekretär Trendelenburg, der gestern in Paris eingetroffen ist, heute dem Reichswirtschaftsminister über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen unterrichtet. Er wird morgen vormittag der Reichsregierung in einer Kabinettsitzung einen eingehenden Bericht erstatten. Trendelenburg wird sodann mit neuen Richtlinien nach Paris zurückkehren.

Bankskandale und politisches Expreffertum.

Von

Dr. Ernst Feder.

An den Bank- und Finanzskandalen, die jetzt die deutsche Öffentlichkeit beschäftigen, ist besonders gefährlich und verwerflich nicht sowohl der Umfang der festgestellten Verfehlungen an sich, als die Art und Weise, in der der Verbruch gemacht wird, diese überaus traurigen Fälle in den Dienst der Parteipolitik und des politischen Expreffertums zu stellen. Ein rücksichtsloses Aufräumen mit allen diesen skandalösen Vorgängen, mögen sie die Staatsbank oder die Reichspost oder die Landespfandbriefanstalt betreffen, mögen sie untreue Beamte oder skrupellose Kreditnehmer angehen, Staatsdiener des alten oder Politiker des neuen Regimes, Juden oder Christen, Barinat oder v. Carlowitz, mußte in der ganzen deutschen Öffentlichkeit befreiend und reinigend wirken, wenn dies Wert im höchsten Maße, mit dem Ziel der Reinigung des öffentlichen Lebens, der Beseitigung schädlicher Elemente aus Beamten- und Wirtschaftskörper vollzogen würde. Von diesem Geist der Sachlichkeit sind die, die am lautesten toben, am weitesten entfernt. Für sie handelt es sich um einen erwinischen Schlachtraum im Kampf gegen die Republik, und man merkt es ihnen an, daß die Aufdeckung eines neuen Skandals, der sich für diesen Kampf verwerten läßt, mit Freuden, daß jede Feststellung, die in der entgegengesetzten Richtung geht, mit einer gewissen Enttäuschung aufgenommen wird.

Daß die Korruptionsercheinungen, die jetzt aufgedeckt sind und aufgedeckt werden, etwa ein besonderes Charaktermerkmal der Republik oder des parlamentarischen Systems darstellen, wird man auch politischen Kindern nur dann vorreden können, wenn sie vom Gedächtnis ganz verlassen sind. Gerade das kaiserliche Regime ist mit Bank- und Finanzskandalen aller Art belastet, die in ganz anderem Maße, als die jetzt bekannt gewordenen, schweren Schaden gestiftet. Tausende von Millionen verdirbt haben: Pommerische Bank und Preussische Hypothekendarlehen, Tappelschick, Graf Mirbach, Spielhagen-Konzern, Treber-Gesellschaft sind ein paar Namen, an die man nur zu erinnern braucht. Es wäre ganz falsch, zu sagen, daß sich solche Dinge nur unter der Monarchie ereignen können. Aber es wäre ganz richtig, wenn einmal ein sachkundiger Darsteller die Finanzskandale der Kaiserzeit einer all zu schnell vergehenden Öffentlichkeit wieder einmal erzählen würde.

Er dürfte dabei natürlich nicht an der Periode vorbeigehen, die am ehesten mit unseren Tagen in Parallele gesetzt werden kann: der Grundzeit vor fünfzig Jahren, in der, nach einem gewonnenen Krieg, freilich in ganz anderer Weise und in viel umfassenderem Maße als heute eine Korruption festgestellt wurde, die bis in die höchsten Gesellschaftsklassen reichte und leider auch das Beamtenrum ergriffen hatte. Es dauerte damals geraume Zeit, bis die Aufdeckung gelang. Am 12. Dezember 1871 schon erhob im preussischen Abgeordnetenhaus der Gelehrte und fortschrittliche Politiker Virchow seine warnende Stimme: „Ein hochgestellter Beamter nach dem anderen geht in dem Gründungsschwindel unter.“ Aber erst im Februar 1873 gelang dem nationalliberalen Führer Eduard Lascher durch seine berühmten Enthüllungen die Säuberungsgaktion. Wir erinnern hier, um nur eines herauszugreifen, an den Joll Hermann Wagener, ein Jugendfreund Bismarcks, Gründer und Führer der konservativen Partei, Mitbegründer der „Kreuzzeitung“, Wirklicher Geheimrat, Oberregierungsrat, Vortragender Rat beim Staatsministerium, intimer politischer Berater Bismarcks, wurde ebenso wie der Handelsminister v. Jepsen durch die Enthüllungen Laschers schwer kompromittiert. Die förmliche Untersuchungskommission, die damals eingesetzt wurde, stellte fest, daß Wagener bei der Gründung der Pommerischen Zentralbank, ohne irgendwelche Einzahlung, nur weil er den Unternehmensplan der Konzeption verpackte, 66 000 Mark an Grönderprämien erhielt, daß er sich ferner zusammen mit einer Geschäftsfirma, insgesamt 900 000 Mark durch geheimen Vertrag ausbedungen hatte. Weiter wurde festgestellt, daß Wagener als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank vielfach gegen Gesetz und Konzeptionsbedingungen gehandelt, auch im öffentlichen Gründungsprospekt falsche Angaben gemacht hatte. Wagener schied aus dem Amte, wurde aber von Bismarck in politischen Dingen weiterbenutzt. Die konservative Partei hat sich damals mit Recht dagegen gewehrt, daß sie als Partei für die privaten Sünden ihres Führers verantwortlich gemacht wurde.

Der Untersuchungsausschuß, der jetzt von preussischen Landtag eingesetzt ist, arbeitet mit erfreulicher Schnelligkeit und Gründlichkeit. Schon zeichnet sich ein ziemlich klares Bild. Die Kreditpolitik der Staatsbank ist allgemein, die großen Verfehlungen höherer Beamter stellen eine schwere Belastung dieses staatlichen Instituts dar. Doch Geheimrat Rüche und Oberfinanzrat Hellwig in Sachen Antifer ein Honorar von 52 000 Mark empfangen, von denselben Firmen, über deren Kredite sie zu bestimmen hatten, ist von dem Fall der großen Verfehlung nicht mehr zu unterscheiden, und daß der damalige Staatsbankpräsident v. Dombrowski die Genehmigung zur Empfangnahme des Honorars gab, anschließend sich über die Höhe zu orientieren, ist schwer begreiflich. Derselbe Hellwig, der am 15. September nach Sachbearbeiter im Falle Barinat war, trat dann am 1. Oktober bereits in Barinats Dienste, nachdem er zuvor noch als Beamter seinen künftigen Dienstherren die im Depot der Staats-